Zeitgeist

FRIEDENSLIEBE IST MODERN

Pacem te poscimus omnes!

- Es ist schon ein sonderbares Schauspiel: In ziemlich regelmäßigen Abständen fällt den engagierten Intellektuellen hierzulande auf, daß Frieden und Krieg offenbar so sehr zusammengehören, daß man sich trotz einiger Jahre relativen Friedens (bei uns hat's immerhin nicht gekracht) immer noch Sorgen um den nächsten Krieg machen muß. Und mit derselben Routine entnehmen dieselben Intellektuellen ihrer Beobachtung das genaue Gegenteil: Eigentlich sollte es nicht auf den Krieg, sondern auf den Frieden ankommen, lautet das schon betagte, aber immer wieder ungeheuer mutige Glaubensbekenntnis.
- Der ungeheure Mut dieses Bekenntnisses zum Frieden läßt sich daraus ersehen, wer es alles teilt nämlich einfach jeder! In allen Parteiprogrammen steht's drin, Schmidt legt es in jeder Rede zehnmal ab, und (nicht Kriegs-, sondern nur) Verteidigungsminister Apel bringt keine anständige Rekrutenvereidigung über die Bühne, ohne aus diesem Anlaß auf den nicht zu unterschätzenden "Beitrag der Bundeswehr zum Frieden" hinzuweisen. Wer demgegenüber als "echter" Friedensfreund dies alles als Wortgeklingel abtut, irrt sich nicht nur, sondern handelt sehr im Sinne des Erfinders der Friedensidee: Die Herren Politiker wissen es nämlich so und so zu schätzen, wenn Krieg und Frieden fein säuberlich auseinandergehalten werden die entschiedene Abwehr der Fiktion, andere, verfolgten mit ihrer Politik den Zweck eines Kriegs (als ob irgendein Staat schon jemals einen Krieg u m des Kriegs willen geführt hätte!), verhilft noch stets zu dem falschen Schluß, für den eigenen Staat könne es im Frieden jedenfalls keine Gründe für einen Krieg geben. Dieser bricht dann herein, man weiß nicht wie, Hauptsache, der andere hat angefangen.
- Man braucht sich also gar nicht zu wundern, daß sich an Veranstaltungen wie einem Schweige(!)marsch zum 35jährigen Geburtstag der Nachkriegszeit oder gleich ganzen "Friedenswochen" lässig auch Vertreter jener Parteien beteiligen, deren Häuptlinge im Fall des Falles die Mobilmachung anordnen. Schließlich sind Friedensfeste ganz exquisite Staatsfeierlichkeiten, gerade weil der Staat gar nicht vorkommt. Der Umstand, daß in der BRD kein Faschismus am Werk ist, beweist doch zur Genüge, daß eine demokratische Armee eigentlich gar keine Armee ist. Und bei rhetorischen Fragen der Art "Frieden j a, aber wie?" oder "Durch Nachrüstung zum Frieden?" weiß eh jeder, wie's gemeint ist: Der Frieden ist eben ein Problem, und die Politiker müssen es lösen, wobei "wir" ihnen helfen müssen! Eine schöne Verdrehung des Umstands, daß es ohne Politiker das ganze "Problem" nicht gäbe und sie es ganz gewiß nicht "lösen"...

In der Vorkriegszeit bereits an die Nachkriegszeit denken!

Es gibt ein wissenschaftlich (= empirisch) erhärtetes Urteil, das der Intelligenz bescheinigt, Sie würde sich durch ihre Fähigkeit zu langfristigem Denken und Planen von jenem anderen

Menschenschlag unterscheiden, der ohnehin wenig Grund und Gelegenheit hat, über das laufende Arbeitsjahr hinaus zu kalkulieren. Dieses Urteil fanden wir jüngst eindrucksvoll bestätigt. Innerhalb der Intelligenz, die sich ihre Linkslastigkeit gerne immer wieder einmal selbst bescheinigt, kursiert derzeit ein "Appell gegen die Kriegsgefahr". Den sollen nach Erstunterzeichnern wie Pfaffe Albertz, den Professoren Gollwitzer, Narr, Negt, Schriftstellern wie Wallraff, einigen Gewerkschaftsfunktionären usw. möglichst viele langfristig denkende, intelligente Menschen unterschreiben. Außerdem soll sich jeder Unterzeichner mit einer 25.- DM-Spende daran beteiligen, daß der Appell in großen deutschen Tageszeitungen erscheinen kann. Daß sich der "Appell" an niemanden genau richtet, wird daraus ersichtlich, daß er sich streckenweise wie eine Rede Willy Brandts vor dem SPD-Parteitag, damit streckenweise wie eine Rede Richard von Weizsäckers vor der Jungen Union, streckenweise aber auch wie eine Fernsehansprache von Kanzler Schmidt oder die Imitation derselben durch Franz-Josef Strauß liest:

5

10

30

35

40

- "Es fehlt und fehlt immer noch eine Eigeninitiative der Bundesrepublik..., die den Teufelskreis des Rüstungswettlaufs durchbricht. Die Bundesrepublik als eine der Hauptmächte der NATO und führende Wirtschaftsmacht kann und muß mehr tun als abwarten oder die USA wenn auch halben Herzens unterstützend in der friedenspolitischen" (Ich glaub', mein Schwein pfeift!) "Ecke stehen... Es ist an der Zeit, daß wir uns alle aktiv um den Frieden kümmern, damit eine Politik der realen Friedenssicherung endlich begonnen wird."
- Als "Appell" ist die Aktion aber auch gar nicht gedacht. Die Unterzeichner wollten "frühzeitig warnen", weil ihnen nämlich noch rechtzeitig eingefallen ist, daß sie nach dem nächsten Weltkrieg auf keinen Fall so blöd dastehen wollen, wie ihre Väter denen damit übrigens das Gestammel von "So haben wir das damals nicht gewollt!" oder: "Ich war aber nicht dabei!" auch noch abgenommen wird. Unsere Intelligenz ist eben cleverer: sie sagt *dasselbe vorher*. Dann kann ihr niemand nachher sagen, sie habe es vorher *nicht* gesagt.
 - Das Dumme ist nur, daß selbst diese widerliche Exkulpationsstrategie nicht aufgeht. Das Vorher des Jahres 1980 unterscheidet sich eben gewaltig vom Vorher des Jahres 1935. Es muß nämlich Gründe haben, warum sich dem Friedensgeseiche dieser Brüder alle Tageszeitungen lässig öffnen und die Friedensmahner aus dem Lager der Intelligenz sicherlich sogar von denen noch ein dickes Lob einheimsen können, die den Frieden so sicher machen, daß alle Welt den nächsten Krieg erwartet. Das Friedensgerede und die öffentlich zur Schau gestellte Kriegsangst gelten eben gegenwärtig weder als "Wehrkraftzersetzung" noch als "undeutsch". Umgekehrt gehört heute beides zur *demokratischen* Kriegsvorbereitung dazu! Statt auf Kriegsbegeisterung ("Volk ohne Raum") wird heute auf Friedensglocken und Kriegsangst gesetzt, und jede außenpolitische Initiative gilt ab sofort als Teil der umfassenden Friedenspolitik, die bekanntlich vom Olympiaboykott über das Weizenembargo bis hin zum Nachrüstungsbeschluß reicht. Und für den Fall, daß die damit in die Welt gesetzten Kriegsgründe irgendwann einmal zum Anlaß genommen werden, dann ist eben eine "Friedenspolitik gescheitert", woran bekanntlich nie die Friedenspolitiker schuld sind, sondern diejenigen Staaten, die sich die Friedenspolitik nicht länger gefallen lassen wollten.

Die öffentliche Heuchelei zum Zwecke der Beruhigung eines ganz und gar nicht schlechten Gewissens weiß sich also so einig mit den besseren Absichten der Politiker, daß sie auch gar nicht weiter aktiv zu werden braucht, außer mit einer Zeitungsanzeige und einer Wahlstimme für die SPD.

Die Lehren der Vergangenheit

5

10

15

20

25

30

35

40

Das "Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" hat sich um eine kurze und prägnante Zusammenstellung aller Ideologien verdient gemacht, mit denen der *Revisionismus* die *Kriegsgründe* als Schritte zum *Frieden* feiert und jeden alten Fehler linker Kriegsgegner der neuen Friedensbewegung als Strategie verordnet. Da heißt es dann:

"35 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945 müssen wir uns erinnern: Nie wieder Krieg und Faschismus - das waren unter dem unmittelbaren Eindruck der unermeßlichen Leiden und Opfer des Krieges die Hoffnung und der gemeinsame Wille unseres Volkes."

Daß in der BRD jeder Antifaschist ist und nicht einmal die Generalitat der Bundeswehr sich eine Neuauflage des II. Weltkriegs wünscht, diese Einheit mit dem Gegner, gegen den sich die Kampagne richtet, stört ihre Initiatoren mitnichten. Im Gegenteil: Sie bestärkt sie in der "Berechtigung" ihrer Forderungen. Die Lehre, die der offizielle Antifaschismus aus dem Nazistaat gezogen hat, daß dieser gescheitert ist und jener es nachher mit Demokratie und bislang ohne Krieg in Europa weitergebracht hat, weswegen niemand daran denkt, eine neue SA marschieren zu lassen - diese Lehre, die Staatsdoktrin unseres demokratischen Gemeinwesens ist, idealisieren die linken Friedensfreunde zu einem Auftrag der Geschichte, demzufolge mit dem Faschismus auch die von ihm angewandten Mittel geächtet worden seien. Dabei hat der "unmittelbare Eindruck der unermeßlichen Leiden und Opfer" staatlichen Militäreinsatzes die Staatsmänner nicht gehindert, kurz darauf wieder eine Armee aufzustellen und die überlebenden von damals haben akzeptiert, daß ohne Wehrmacht auch ein demokratischer Staat kein kompletter Staat ist. "Nie wieder Krieg von deutschem Boden aus" - so lautet auch der "Auftrag des Grundgesetzes" und niemand zweifelt daran, daß dies den Krieg auf deutschem Boden ausschließen wird. Gegen den Feind im Osten marschiert die westdeutsche Demokratie nur "im Rahmen des Bündnisses" und deshalb, so hofft sie, erfolgreicher als beim ersten Anlauf. Der "gemeinsame Wille unseres Volkes" mag für das Volk in den Trümmern des Jahres 1945 vielleicht zutreffen, für die Väter des GG schon 1949 nicht, die extra Platz für eine Wehrverfassung ließen und heute besteht der gemeinsame Wille von Volk und Führung darin, den "Frieden zu sichern", daß es nur so raucht: NATO-Aufrüstungsbeschlüsse sind Wahlkampfmunition, mit der man Stimmen dadurch gewinnt, daß man am überzeugendsten den Willen zu ihrer Realisierung demonstriert. Hören wir weiter das "Komitee":

"Doch erst nach Jahren des Kalten Krieges wurde mit der Entspannung und vor allem der gesamteuropäischen Konferenz von Helsinki ein neuer Weg zur Verständigung beschritten. Mit dieser Zusammenarbeit der Völker ist - trotz internationalen Krisen in anderen Teilen der Welt - erstes Vertrauen gewachsen. Sie brachte für alle vorteilhafte Ergebnisse."

So kann man es also auch sehen: Aus der *Entscheidung* des Westens, die Konfrontation mit dem Osten *auch* als Geschäft zu gestalten, *neben* der ungerührt fortgesetzten *militärischen* Dominanz,

deren angebliche Gefährdung durch ein sowjetisches Gleichziehen auch in den schönsten Tagen der Entspannung immer ausreichendes Argument für vermehrte Rüstung war - aus dieser Strategie der Freien Welt wird "erstes Vertrauen". Mehr noch: Obwohl spätestens das Handelsembargo der USA gegen die SU auch dem hartnäckigsten Verfechter eines Ost-West-Kommerziums im revisionistischen Lager die Augen darüber öffnen müßte, daß ökonomischer Druck auf die SU voraussetzt, daß diese sich wirtschaftlich *abhängig* gemacht hat, im Ostgeschäft neben Profit für Westkapital auch ein handfester Kriegsgrund in die Welt gesetzt worden ist, entdeckt das "Komitee" für *beide* Seiten nur "vorteilhafte" Ergebnisse.

5

10

15

20

25

30

35

40

"Die Sicherheit und das Überleben der europäischen Völker wird damit bedingungslos einer höchst unberechenbaren Außenpolitik der US-Regierung überantwortet, die die Möglichkeit eines auf Europa begrenzten Atomkriegs einkalkuliert."

Ein Lamento, das sich selbst widerspricht, indem es die Berechnung ausspricht, die in der angeblich unberechenbaren US-Politik bis aufs letzte Detail kalkuliert enthalten ist. Von daher auch der folgende "Widerspruch": "Im Widerspruch zu ihrem Beitrag zur Entspannungspolitik hat sich die Bundesregierung mit ihrem Eintreten für den NATO-Beschluß und mit der Endzielen und moralischen Unterstützung der gegenwärtigen Politik der USA entscheidend mitverantwortlich gemacht für diese vor allem für unser Volk so bedrohliche Entwicklung."

Im Unterschied zu ihren revisionistischen Kritikern, die unbeirrt an ihren Illusionen über Entspannung gegen die reale Entspannungspolitik festhalten, obwohl nach dem "Kalten Krieg" alle Gründe für den "Heißen Krieg" geschaffen worden sind, spricht die Bundesregierung am Beispiel Afghanistan offen aus, was Disengagement heißt: Zurückdrängung des Hauptfeindes, weshalb die Verteidigung einer sowjetischen Einflußsphäre auf dem Globus gleich eine "unerträgliche Provokation" ist. Wo die Bundesregierung die Vorwärtsverteidigung des status quo durch die Carter-Administration unterstützt, weil es auch ihre Politik ist, zetern die Komitee-Revis ,Verrat' und ,moralischer Verfall' und garnieren dies mit entschieden nationalistischen Tönen: "Wie andere Staaten hat die Bundesrepubtik Vorteile aus dem Prozeß der Entspannung gezogen, mehr aber als andere würde sie vertieren, käme es zu einer Neuauflage des Kalten Krieges."

Auf wessen Kosten hat die BRD denn diese "Vorteile" gezogen? Denkt das "Komitee" an die Milliardengeschäfte der deutschen Industrie? Meint es, Helmut Schmidt darauf hinweisen zu müssen, daß die BRD den Löwenanteil des Ostgeschäfts eingestrichen hat? Will es ihm den Rücken stärken bei seiner Auseinandersetzung mit Carter, in der es darum geht, ob mit der "Weltkrise" auf das Geschäft verzichtet werden soll, oder ob die Deutschen sie zu seiner noch profitableren Gestaltung ausnützen dürfen? Das "Komitee" drückt sich keineswegs um eine Antwort:

"Wer die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Osten nicht will, riskiert, daß Hunderttausende ihren Arbeitsplatz verlieren."

Ungefähr so sieht es auch der BDI, dessen Mitglieder ja bekanntlich auch nur deshalb ihr Kapital arbeiten lassen, damit Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Welt steht auf dem Kopf, wenn die Bereitstellung östlicher Arbeitskraft zur Ausbeutung durch westliches Kapital als "Entwicklungshilfe" für Mannesmann und Krupp angepriesen wird. Es geht zu wie bei Karl Valentin: "Sie sind auf mich nicht angewiesen, aber ich auf Sie. Merken Sie sich Ihnen das!"

Im Friedensprogramm der Revisionisten taucht der Materialismus nur auf als *Appell* an denjenigen des kapitalistischen Staates! In diesen schweren Zeiten darf man gerade als Revi in der Wahl seiner Bündnispartner nicht kleinkapitalistisch sein. Der Rest des Papiers sind die alten Kalauer der Sozialstaatsideologie in ihrer Stamokap-Variante, am Material der "Weltlage" aufbereitet:

"...zusätzliche Rüstungen..., das bürdet der Bevölkerung untragbare soziale Lasten auf und verhindert dringende Reformen, die wir in unserer Gesellschaft nötig haben... Wer letzt dem Druck der Rüstungslobby und der sie fördernden Entspannungsgegner nicht entschieden widersteht, schafft innenpolitisch ein Klima, in dem neofaschistische Tendenzen und jene Kräfte neu erstarken, die mit neu belebten Feindbildern auf den Abbau der Demokratie zielen."

Angesichts des rasanten Ausbaus der Demokratie, deren Wehrhaftigkeit nach innen um die bedingungslose Wehrbereitschaft nach außen erfolgreich ergänzt wird, befürchten die Revis ausgerechnet "neo-faschistische Tendenzen". Dabei sieht die NPD nicht nur alt, sondern tot aus, wo die demokratischen Parteien unisono alle jene Ideale und Tugenden rehabilitieren und feierlich zur Schau stellen, die von einem falschen Staat "mißbraucht" worden sein sollen und in ihrer Neuauflage beweisen, daß sie keineswegs mißbraucht, sondern lediglich in heute nicht mehr aktueller Weise gebraucht worden sind. Fern jeder Realität der BRD 1980 meint das Komitee, die Bevölkerung ächze unter den "sozialen Lasten", wo ein ganzer Wahlkampf mit dem Versprechen der Herrschaft bestritten wird, "unser Volk" müsse für "unsere Sicherheit Opfer bringen".

Aktionen für die Zukunft

La Paloma ohe...

5

10

15

20

25

30

35

40

Neben Professoren und der linksintellektuellen Prominenz, die den Friedenskampf per Zeitungsannonce ausfechten, um sich damit per "Frankfurter Rundschau" gleich an vorderster Front aufzustellen, haben sich auch diejenigen mittlerweile zu Wort gemeldet, die ihr politisches Engagement für die Verteidigung von Pflanzen- und Tierwelt und andere bunte Exotika wie Frauen, Homosexuelle, und derartiges alternatives Gewächs in die Waagschale werfen. In der Frontstadt Westberlin ("Wir aber, gerade in West-Berlin, wollen nicht in die Eskalation der Gewalt reingezogen werden.") kam es zu einem breiten Bündnis, mit dem von der "Alternativen Liste" über das "Sozialistische Büro" bis hin zum "Netzwerk Selbsthilfe e.V." und der "Zentrumsfraktion" des KB unter dem Motto "Wir wollen der Kriegsgefahr nicht tatenlos zusehen!" demonstriert wurde.

"Wir sind tief betroffen und wir haben Angst vor der zunehmenden Kriegsgefahr und den militärischen Aktionen der Großmächte."

Ausgehend von diesem Gefühl, das man hier öffentlich äußert, kommt es zu der erschütternden Forderung

"Wir wollen leben - Nie wieder Krieg!"

Die Einbildung, über Krieg und Frieden habe letztlich der Bürger zu entscheiden - als ob dieser überhaupt gefragt würde! -, bringt messerscharf die Konsequenz hervor, ihm müßte nur die richtige Einstellung zum Frieden vermittelt werden, um den Krieg unmöglich zu machen:

"Wir wenden uns gegen die Einstimmung der Bevölkerung auf den angeblich unvermeidlichen Krieg, die über Presse, Fernsehen und Rundfunk betrieben wird."

Wenn es wirklich stimmen würde, was da konstruiert wird - "Runter vom Pulverfaß! Menschen wollen Frieden - Staaten rüsten!" -, die Menschen würden gegen Presse, Funk und Fernsehen immun sein, und statt der Kampagne "Kein Kriegsspielzeug unterm Weihnachtsbaum" wären die Losung "Keine FAZ in die Hand des friedliebenden Bürgers" und die Aktion "Keine Sendezeit für die Tagesschau" nicht nur zur Weihnachtszeit brandaktuell. Bei den Bundestagswahlen gäbe es 3% Wahlbeteiligung, und die Stimmen kämen ausschließlich von den Rüstungsindustriellen:

"Dlese Großindustrie hat die "Nach"-Rüstungsbeschlüsse der NATO gefördert."

Dieser "ökonomischen" Kriegsbegründung zufolge, die wahrscheinlich von der Gruppe "Christen für den Sozialismus" in den Demonstrationsaufruf bugsiert wurde, ist die Rüstungsindustrie das wahre Subjekt der Rüstung. Wer verleitet unsere Politiker nur dazu, ausgerechnet diesen Herrn ihr Zeug abzukaufen? Es ist

"die Politik der Stärke",

15 die wiederum

"eine Politik der Aufrüstung ist."

Womit sich der Kreis schließt, denn diese Politik

"ist vor allem eine Begründung für die Atom- und Rüstungsindustrie, ihre Waffen zu produzieren und zu verkaufen."

Fürwahr, ein Teufelskreis! Im Unterschied zu den Revis, die mit nationalsozialistischen Parolen die Fortsetzung der Entspannungspolitik mit der Sowjetunion fordern, lassen sich die ganz neuen Linken vom alten Antikommunismus zum Appell ans nationale Gewissen deutscher Staatsmänner inspirieren.

"Statt die Unabhängigkeit der Staaten zu achten, erklärt die Regierung der USA bestimmte Regionen zu ihrem Interessengebiet. ... Sie stellt'sich somit auf die gleiche Stufe mit der Sowjetunion."

Mit den "bestimmten Regionen" meint man alternativerseits weniger den Iran und so ziemlich den größeren Teil Asiens und Afrika bzw. Lateinamerika insgesamt, sondern unser schönes Westdeutschland, dessen "Berliner Abgeordnetenhaus" das Vaterland verkauft und schamlos

"eine Dankes- und Solidaritätsresolution für die Regierung der USA (verabschiedete), die einer Unterwerfung gegenüber der westlichen Supermacht gleichkommt."

So ging das Friedensbündnis am 8. Mai mit einer alternativen Hallsteindoktrin auf die Straße und verkündete:

"Wir erkennen die sogenannten Führungsmächte nicht an."

Als ob man im Weißen Haus und im Kreml auf nichts sehnlicher wartet, als auf den ersten Botschafter der "Freien Republik Wendland"!

Zu erwähnen wäre noch eine Demonstration "von ca. 1.000 Leuten" ("Diese Demonstration wird nicht von einer Organisation veranstaltet!"), die sich dagegen aussprach, daß Carter sein Kommando im Iran "ohne Wissen der Verbündeten" landen ließ", begrenzte Konflikte zu einem

20

5

10

25

30

weltweiten Krieg aufbaut" und dabei die Rücksichtslosigkeit besitzt, auch "Deutschland wieder (als) Kriegsschauplatz" in Erwägung zu ziehen. Anstatt nun aber die parolenmäßigen Konsequenzen zu ziehen und "Begrenzte Konflikte außerhalb Deutschlands mit Konsultationen der Verbündeten!" zu fordern, gehen diese Friedenskämpfer nicht einmal soweit und verlangen nur die "Sofortige Distanzierung von jeder Kriegsvorbereitung!". Die "Grünen" in Bayern lassen einen Dr. Walter Harless zum Thema "Abrüstung trotz Kriegsgefahr" sprechen und begründen das "trotz" mit folgendem naturverbundenen Syllogismus:

"Die Sicherung des Lebens ist Hauptanliegen grüner Politik. Die Erhaltung des Friedens ist hierfür Voraussetzung. Deshalb ist grüne Politik Friedenspolitik."

10 Und die Katholische Hochschulgemeinde veranstaltet einen "Gesprächskreis" zu der Frage "Den Frieden sichern, aber wie?"

Die anvisierten "Hintergrundanalysen" stützen sich dabei u.a. auf "theologische und kirchenamtliche Stellungnahmen", und ein erstes Ergebnis ist dem Flugblatt bereits zu entnehmen. Es sieht so aus:

(Abb. siehe GIF-Datei in diesem Brett. Anm. MG_ARCHIV)

5

15

20

25

30

35

40

Konkrete Beiträge zum Frieden - Mittel gegen den Krieg: Kindergarten...

Einen Schritt weiter sind diejenigen Beteiligten am Friedenszirkus, die das "militärische Denken" schon als selbstverständlichen Grund der immer wieder fälligen Kriege unterstellen, um sich von da aus Gedanken über die Gewissensbildung der Staatsbürger zu machen. Radikal, wie sie sind, fangen sie dabei gleich an der Wurzel an:

"Friedenserziehung beginnt bereits im Kindergartenalter. Ausgewählte Kinderbücher sollen dem Erzieher dabei helfen, auch kleinen Kindern Begriffe (!) wie Toleranz, Solidarität, Verantwortung gegenüber seinen Mitmenschen usw. verständlich zu machen."

Wir entnehmen diesem Zitat, daß staatsbürgerlich gesonnene Leute ganz schön kindisch sind. Sie erlauben sich einmal einen Gedanken über den Krieg, und gleich reden sie daher, als ob sie von einem anderen Planeten kämen. Wissen die moralischen Erzieher eigentlich nicht, was das ist, ein Krieg? Sie scheinen sich das ja so vorzustellen, daß da frühzeitig verzogene Bürschchen zuhause ihre Aggressionen nicht mehr richtig loswerden, deshalb zum Säbel greifen und sich intolerant bis dorthinaus mal eben über die Grenze schwingen, um in Nachbars Gärten zu wüten! Der Gedanke, daß Soldaten im allgemeinen zu ihren staatlich legitimierten Mordbrennereien abkommandiert werden, weswegen dem Spieß ihr "Kindergarten" auch schnurzegal ist, ist Erziehern offenbar ebenso zu hoch wie der, daß die militärisch angeordnete Verwandlung normaler Menschen in mordlustige Landsknechte neben disziplinarischem Drill vor allem ein hinreichendes Arsenal an Tugenden voraussetzt, in deren Namen man sich einerseits zu allerhand berechtigt fühlt und die man andererseits im Überlebensfall durchaus braucht, wenn man einigermaßen heil das Schlamassel überstehen will. Und diese Tugenden sind, wie es der Zufall will, eben jene "Begriffe", die Pädagogen gern schon im Kindesalter greifen lassen würden: allesamt Techniken der Selbstbeschränkung, die man deshalb (sollte man das falsche Kinderbuch erwischt haben) auch im kostenlosen Nachhilfeunterricht der "Schule der Nation" beigebracht erhält verdienstvoll ist nur, daß Kindergärtner ihren Kleinen so süße Verhaltensweisen wie Toleranz (= mit anderen

auskommen, weil man's muß), Solidarität (= dem anderen beispringen, weil man ihn umgekehrt auch mal nötig hat) und überhaupt Verantwortung gegenüber seinen Mitmenschen (= solidarische Toleranz, weil's auf die Verantwortung gegenüber dem eigenen Interesse eh nicht ankommt) schon im Kindergarten beibiegen möchten. So schlägt man nämlich mit der Idee des Friedens das bißchen an Vorteilsdenken, das außerhalb von Kriegszeiten ansonsten gerade noch geduldet wird, bereits tot, wenn es auf seinen Ersatz durch bedingungslosen Idealismus noch gar nicht so sehr ankommt!

... Camping und Wandern

5

15

20

25

35

10 Ein "Zentrum Entwicklung und Frieden" lädt ein zum "Zeltlager für Friedensfreunde", dessen Ortswahl bereits ein Fanal ist:

"Das Jugendlager Hochland befindet sich in einem Naturschutzgebiet, dort ist es untersagt, Bäume zu fällen, Pflanzen auszureißen usw."

Den Vogel in Sachen friedenssichernde Aktivitäten schossen allerdings die Genossen Wandervögel aus Nürnberg ab. Sie boten dabei sogar zwei Alternativen an - wer zur

"Wanderung zum KZ-Außenlager Schupf (mit Informationen) - über Auspangspunkt zurück nach Pommelsbrunn (mit Einkehr)"

keine Lust hatte, konnte immerhin noch einen Ausflug

"zum Gelände des geplanten Bunkers bei Erlangen/Nürnberg... - mit Informationen - Räthschlucht - Felsenkeller - Einkehr"

machen. Dazu fällt uns nur noch zweierlei ein: 1. Wer ein KZ für eine Art touristische Attraktion hält, wo er sich ein leises Schauern über die *Greuel* des Faschismus vermitteln läßt, um hinterher erleichtert einzukehren, der hat sicher genausowenig Sorgen um die *Opfer*, die einem die Demokratie in Krieg und Frieden einbringt, wie der, der die Anschauung eines bäumemordenden Bunkers - was anderes als gefährdete Bäume kriegt er da nämlich noch gar nicht zu sehen - benötigt, um sich von seiner Friedensliebe zu überzeugen. Da hat er ja was.

2. Wenn *gegen* den Krieg sein heute so einfach ist, daß man sein Soll schon durch einen Sonntagsausflug absolvieren kann, dann läßt sich ermessen, wie wenig Schwierigkeiten den Staatsmännern erwachsen werden, wenn sie irgendwann die Zeit *für* den Krieg reif finden.

30 Pax vobiscum!

Man sieht allenthalben im intellektuellen Leben, daß das Angebot der Politiker, ihr Geschäft unter dem Motto zu diskutieren: "Vielleicht lassen wir euch leben", Zustimmung findet und Aktivitäten in dieser Richtung auslöst. Wo die Staatsmänner den von ihnen Repräsentierten bei jeder Gelegenheit versichern, daß das Leben, wenn es sein muß, im Preis der Freiheit inbegriffen ist, nutzen aufgeklärte Staatsbürger ihre Geistesfreiheit, um ihre traditionellen Idiosynkrasien angesichts der "gefährlichen Weltlage" weiter zu pflegen:

• Kritische Geistesschaffende inserieren ihre Vorschläge zur Lösung der "Weltkrise" in den Zeitungen.

- Die Revisionisten propagieren den Realen Sozialismus als günstige Bedingung, um die Ziele des Imperialismus auch ohne Krieg zu realisieren.
- Die Alternativen appellieren an das nationale Gewissen der Politiker als Alternative zum Führungsanspruch der Supermächte.

5

10

15

- Grüne und Wandervögel fordern einen Verzicht auf den Dritten Weltkrieg zur Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts.
 - Christen wittern mit sicherem Instinkt in der Angst vor dem Sterben eine Chance für den Herrn Jesus usw.

Die Kritik am Krieg ist also nichts anderes als die Zurschaustellung der eigenen Friedensliebe und die demütige Bitte an die Staatsmänner, sie doch bitte bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Und so konnte es auch nicht ausbleiben, daß die Interessenvertreter an den Hochschulen in diesen Tagen ihren Kampf um Mensaessen und Bafög dem Zeitgeist angleichen:

"Deutsche Studenten sind nach Ansieht des RCDS bereit, wegen der verschärften weltpolitischen Lage seit Afghanistan die Erfüllung vieler eigener Wünsche zurückzustellen." (Süddeutsche Zeitung, 11.3.1980)

"Man muß den RCDS dazu beglückwünschen, daß er die Zusammenhänge so gut erkannt hat, daß er weiß, warum das Bafög so niedrig und die Mensapreise so hoch sind bei so vielen Raketen." (Flugblatt der Münchner "ASten" vom Mai 1980)